

Die Integration
des Unvereinbaren
als Aufgabe der Politik

Kampf der Kulturen – ein Sachzwang?

Norbert Lammert

Die im Titel gestellte Frage beantwortet sich eigentlich von selbst. Einen Sachzwang zum Kampf der Kulturen gibt es sicher nicht. Zwischen Himmel und Erde gibt es manches, was mit menschlichen Mitteln gar nicht oder kaum zu beeinflussen oder verhindern ist. Aber im Unterschied zur Natur und ihren Gewalten, ihren entdeckten, vermuteten und behaupteten Gesetzen ist die Kultur genau der Bereich, der von Menschen gedacht und gemacht wird. Was immer sich in diesem Bereich kultureller Entwicklung ereignet oder auch nicht, geschieht jedenfalls nicht nach äußeren Vorgaben und nach einer von außen bestimmten Dynamik, sondern es vollzieht sich nach der inneren Logik des selbst Gedachten und selbst Gemachten.

Ob es den Kampf der Kulturen überhaupt gibt, ist fraglich. Folgt man einer Umfrage des Allensbach-Institutes vom Dezember vergangenen Jahres, sind zwei Drittel der deutschen Bevölkerung davon überzeugt. Der Dialog der Kulturen wird umso leidenschaftlicher beschworen, je heftiger und vor allem gewalttätiger Konflikte geworden sind. Dabei wird die Bedeutung der Kulturen sowohl für das Entstehen der Konflikte wie für ihre Überwindung regelmäßig überschätzt. Allerdings ist die Versuchung auf allen Seiten offensichtlich unwiderstehlich, die Verfolgung handfester Interessen unterschiedlicher Qualität und auch unterschiedlicher moralischer oder ethischer Kategorie mit religiösen oder kulturellen Dimensionen zu überhöhen.

Die Antwort auf die Frage, wie ein Kampf der Kulturen vermieden werden kann, hängt maßgeblich vom Verhältnis zwischen Religion und Gewalt und von der Rolle der Politik in diesem Spannungsverhältnis ab. Beide, Religion und Gewalt, treten insbesondere in den Gesellschaften des einundzwanzigsten Jahrhunderts immer häufiger als schreckliches Bündnis auf. Das Thema selbst ist etwa so alt wie die Menschheit. Die großen Mythen, die alten klassischen Texte der Kulturgeschichte handeln von Göttern und Menschen, von Liebe und Gewalt, von Krieg und Frieden. Die Bibel beginnt bekanntlich im Alten Testament mit der Schöpfungsgeschichte, und auf die Vertreibung aus dem Paradies folgt die Ermordung Abels durch seinen Bruder Kain: der frühe Eintritt der Gewalt in die überlieferte Menschheitsgeschichte.

Domestizierung von Gewalt

Religion ist ebenso wie Politik der Versuch der Domestizierung von Gewalt. Entweder durch Sinngebung und Vermittlung zeitlos gültiger verbindlicher Werte, wie in der Religion, oder durch Strukturen und Institutionen, die die Anwendung von Gewalt bei der Austragung von Interessen ausschließen oder jedenfalls so weit wie eben nur möglich eingrenzen, wie in der Politik. Religion ist der mit Abstand ältere, Politik der jüngere Versuch in der Menschheitsgeschichte, Gewalt zu domestizieren. Kritisch betrachtet, sind beide Versuche nicht erfolgreich gewesen. Freundlicher formuliert:

Beide Versuche sind bestenfalls partiell gegückt.

Mit Blick auf Gewalt ist die Religionsgeschichte wie die politische Geschichte eine Geschichte des Scheiterns. Die Kreuzzüge beispielsweise sind weder die ersten noch die letzten religiös motivierten, mindestens religiös begründeten Eroberungskriege. Spätestens seit dem Dreißigjährigen Krieg zieht sich die blutige Gewaltspur von Religionskriegen durch die Geschichte der Neuzeit bis zur Gegenwart fundamentalistischer, wiederum nicht selten religiös motivierter oder verbrämter Regime.

Offenkundig gehört es zu den Unergründlichkeiten der menschlichen Natur, dass solche Traumata irgendwann wieder verbraucht sind und sich in der Abfolge von Generationen bestenfalls Erfahrungen im Gedächtnis der Menschheit speichern lassen, keinesfalls aber gesicherte Verhaltensmuster. Anders wäre völlig unerklärlich, warum ausgerechnet das „zivilisierte“ Europa, ausgerechnet Deutschland, ausgerechnet das zwanzigste Jahrhundert bislang beispiellose Gewaltexzesse in staatlicher Regie gesehen hat.

Das einundzwanzigste Jahrhundert hat, wie manche Publizisten geschrieben haben, am 11. September 2001 begonnen. Das ist wie jede dieser intellektuell zugesetzten Datierungen natürlich übertrieben. Dennoch ist dieser Hinweis weder zufällig noch völlig aus der Luft gegriffen. Denn ohne Zweifel bedeutet der 11. September eine neue Dimension von Gewalt. Er bedeutet Herausforderung, nicht-erklärten Kriegen nicht-staatlicher Organisationen auf welche Weise auch immer möglichst wirkungsvoll entgegenzutreten. Für viele Ereignisse und Erfahrungen in der jüngeren Vergangenheit und in der Gegenwart fehlen sowohl die Begriffe der Erläuterung oder gar der Rechtfertigung als auch die Mittel eines angemessenen Umgangs zu ihrer Bewältigung. Neu ist die Unmittelbarkeit einer Bedrohung, die

sich für nahezu jeden prinzipiell dadurch ergibt, dass die Zielgruppen vorher gar nicht identifizierbar sind und man die möglichen Opfer erst kennt, nachdem sie Opfer geworden sind.

Inanspruchnahme von Religion

Erschreckend ist einmal mehr die Unmittelbarkeit der Inanspruchnahme von Religion für die Anwendung aggressiver Gewalt. Gewalt wird in immer mehr Fällen nicht mehr als letzter Akt schierer Verzweiflung organisiert, ohne dafür eine inhaltliche Begründung zu suchen, vielmehr kommt es leider immer häufiger vor, dass in konkreten Fällen brutaler Gewaltanwendung ein direkter Zusammenhang hergestellt wird zwischen einem vermeintlichen göttlichen Willen und der Zerstörung von Menschen oder ganzen Zivilisationen. Mit Recht wehren sich selbstverständlich Muslime in aller Welt und westliche Islamkenner dagegen, eine solche Inanspruchnahme, die es immer wieder gibt, als originäre Stimme des Islam zu werten und zu akzeptieren.

Dennoch bleibt bemerkenswert und bedenklich im übertragenen Sinne des Wortes, dass Religion im einundzwanzigsten Jahrhundert wieder in einem Gewande auftaucht, das für längst überholt gehalten wurde, nämlich als skrupellose und primitive Aggression, als fadenscheiniger, gleichwohl von den Betroffenen in ihrem Fanatismus subjektiv wohl ernst genommener Vorwand für Mordlust.

Warum kann Religion dafür überhaupt herhalten? Warum ist Religion, das Christentum wie der Islam, nicht immun gegen eine solche Inanspruchnahme?

Religionen handeln von Wahrheiten. Sie definieren Wahrheiten und Ansprüche. Indem sie das tun, integrieren und desintegrieren sie eine Gesellschaft zugleich. Der Anspruch auf Wahrheit schließt Abstimmungen aus. Mehrheiten können über Wahrheiten nicht befinden. Ob ein Satz wahr ist oder nicht, ist völlig

unerheblich vor der Frage, ob dieser Satz mehrheitliche Zustimmung findet. Der höchst subjektive Anspruch auf Wahrheit ist durch den Hinweis auf haushohe gegenteilige Mehrheiten überhaupt nicht ernsthaft zu erschüttern.

Politik handelt nicht von Wahrheiten, sondern von Interessen. Der moderne Politikbegriff beruht auf der Bestreitung ewiger Wahrheiten. Das jedenfalls in dieser Zivilisation entstandene Verständnis von Politik und demokratischer Ordnung beruht auf der Grundüberzeugung, dass es einen Anspruch auf Wahrheit als Grundlage für konkretes Handeln nicht gibt. Anspruch auf Verbindlichkeit hat nach diesem Verständnis nur, was allgemeine Akzeptanz findet, und es hat nur das Geltung, worauf sich die Gesellschaft verständigt. Das Mittel zur Feststellung der Geltung ist die Mehrheitsentscheidung. Was die Mehrheit beschließt, gilt, auch wenn es nicht wahr ist. Die Logik des Systems beruht auf der gemeinsamen Überzeugung, dass nicht Wahrheitsansprüche Entscheidungen legitimieren, sondern die Verfahrensregel, wonach gilt, worauf sich die Mehrheit verständigt.

Integration des Unvereinbaren

Weil also das Vorhandensein einer Mehrheit nichts darüber besagt, ob das, was geschieht, richtig ist oder falsch ist, haben Wähler auch relativ wenig Probleme damit, das, was sie selber gestern für richtig gehalten haben, morgen anders zu sehen und dieselbe Regierung, die sie aufgrund anderer Einschätzungen oder Erwartungen gestern dringend im Amt sehen wollten, nun in die Wüste zu schicken.

Unter genau diesem Gesichtspunkt der Ausklammerung von Wahrheitsansprüchen und der Vereinbarung eines Verfahrensprinzips ermöglicht Politik die Integration des Unvereinbaren. Die Bedingung dafür ist allerdings die unver-

rückbare Geltung von Regeln, nicht von Wahrheiten.

Zweifellos hat der Islam – jedenfalls in der ganz großen Mehrheit seiner Interpreten – über das Verhältnis von Religion und Staat, von Glaube und Politik, ein anderes als dieses westliche, christlich geprägte Staats- und Politikverständnis. Ermutigend ist, dass es immer häufiger muslimische Intellektuelle gibt, die zu einer – wie sie selber sagen – modernen Interpretation des Islam und des Korans kommen, die sich diesem Verständnis der Trennung von religiöser Glaubensüberzeugung auf der einen Seite und politischen Entscheidungen auf der anderen Seite annähert. Als einer von vielen Belegen für diese Tendenz mag ein Zitat des marokkanischen Intellektuellen und Autors Tahar Ben Jalloun dienen: „Die Religion muss in den Herzen der Menschen, in den Moscheen und Kirchen bleiben. Sie darf nicht in die Politik eindringen. Wenn die Muslime in Europa friedlich und gelassen neben und mit allen anderen leben, kann das große Reformimpulse für den Islam auslösen. Die Religion an sich lässt sich nicht ändern. Es kommt darauf an, sie anders zu interpretieren.“ (in: *Kulturjournal* des Goethe-Institutes, Heft 2/2004)

Ein normatives Prinzip

Die moderne Politik zumal des Westens ist ohne den Beitrag der Religion eigentlich gar nicht erklärbar. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist keine Verfahrensregel, sondern ein normatives Prinzip. Sie ist im Übrigen ein behauptetes und nicht belegtes oder bewiesenes Prinzip. Der schönste und wichtigste Satz des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ ist kein empirischer Befund. Als solcher wäre er widerlegt, denn die Würde des Menschen ist leider antastbar, was auch täglich vorkommt, obwohl es nicht so sein sollte. Und natürlich ist dieser normative Satz

das Ergebnis eines jahrhundertelangen Entwicklungsprozesses, der ohne den Beitrag von Religion und Kultur überhaupt nicht verständlich wäre. „Auch das egalitäre Vernunftrecht hat religiöse Wurzeln – Wurzeln in jener Revolutionierung der Denkungsart, die mit dem Aufstieg der großen Weltreligionen zusammenfällt. Aber diese vernunftrechtliche Legitimation von Recht und Politik speist sich aus längst profanisierten Quellen der religiösen Überlieferung.“ (Jürgen Habermas, Rede bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2001)

Entgegen der oft behaupteten gegenteiligen Vermutung lässt sich aus der Geschichte eben doch lernen, für dieses Thema mindestens zwei Lektionen. Die erste Lektion lautet: Gewalt hat immer Ursachen. Und die zweite: Gewalt darf nie toleriert werden. Zwischen der ersten und der zweiten Lektion einen sinnvollen Zusammenhang herzustellen ist der eigentliche Reifetest aller Gesellschaften im einundzwanzigsten Jahrhundert. Mit und ohne religiöse Begründung oder Instrumentalisierung hat organisierte Gewalt wenn nicht ihre Ursache, so doch ganz sicher ihren Nährboden in der Verfassung der Welt, in der fast die Hälfte aller Menschen hungern, weder Arbeit noch ein Dach über dem Kopf haben, in der jeden Tag tausende von Kindern sterben an Unterernährung oder an Krankheiten, die heilbar sind. In dieser Welt haben drei Milliarden Menschen noch nie telefoniert, es geben aber einige hunderttausend Menschen Monat für Monat für ihre mobile Kommunikation mehr Geld aus, als diese drei Milliarden Menschen für die Bestreitung ihres Lebensunterhaltes zur Verfügung haben.

Unter den fünfzig Staaten mit dem höchsten Lebensstandard, dem höchsten Einkommen pro Bevölkerung, dem höchsten Bildungsniveau, der niedrigsten Kindersterblichkeit ist ein einziger

muslimisch geprägter Staat, keiner der großen: Brunei. Und zu den fünfzig Ländern mit dem niedrigsten Einkommen, dem niedrigsten Sozialprodukt, der höchsten Sterblichkeit, der niedrigsten Geburtenrate gehören dreizehn muslimisch geprägte Länder.

Bei solchen Verhältnissen muss man nicht lange nach religiösen Begründungen für Probleme oder für angemessene und noch mehr für unvertretbare Strategien zur Überwindung dieser Konflikte suchen. Die schlichte Frage ist zu beantworten, ob man es, erstens, für vertretbar hält, dass der Zustand so bleibt, wie er ist, und zweitens, ob man es für realistisch hält, dass es so bleiben könnte, wie es jetzt ist.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist ganz sicher in erster Linie eine politische und nicht eine kulturelle Aufgabe. Drei Hinweise mögen das verdeutlichen.

Erstens: Bei wirklich ernsthafter Betrachtungsweise gibt es keinen „Dialog der Kulturen“. Es kann ihn auch nicht geben. Wie sollte er denn stattfinden können? Einen Dialog kann es immer nur zwischen Individuen geben. Vielleicht gibt es ihn auch zwischen Institutionen, bei denen wiederum die Frage, ob und wie sie sich an diesem Dialog beteiligen, von Individuen entschieden wird und nicht von den Institutionen selbst. Man muss also dieses Postulat eines „Dialoges der Kulturen“, wenn es nicht folgenlos bleiben soll, auf die operative Ebene der konkreten Beschäftigung von Menschen heben.

Zweitens: Ein Dialog von Menschen unterschiedlicher religiöser Überzeugungen und mit unterschiedlicher kultureller Herkunft hat nur Sinn und Aussicht auf Erfolg, wenn die Bereitschaft besteht, zuzuhören, dazuzulernen und unterschiedliche Überzeugungen wechselseitig zu respektieren. Es spricht leider manches für die Vermutung, dass diese banalen

Voraussetzungen für einen beachtlichen Teil des gerade auf Konferenzen viel strapazierten „Dialoges der Kulturen“ nicht vorhanden sind. Die König-Fahad-Akademie in Bad Godesberg zum Beispiel war über Jahre hinweg nach allem, was bekannt ist, keine Bildungsstätte zur Einübung des Dialoges der Kulturen, sondern militanter religiöser Indoktrination.

Und *drittens* schließlich: Ein ernsthafter und gelungener Dialog bliebe folgenlos, wenn er nicht Adressaten findet, die das, was man gemeinsam als richtig und notwendig erkannt hat, auch umzusetzen bereit und in der Lage sind. Hier stellt sich ein nicht zu unterschätzendes praktisches Problem: Wer ist im christlich-islamischen Dialog der Akteur für das Aufnehmen, für das Aufgreifen möglicher angestrebter Vereinbarungen? Mit welchen Erfolgssäussichten könnten gemeinsame

Einsichten von wem an welche Adressaten transportiert werden?

Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat sein von ihm herausgegebenes Manifest *Brücken in die Zukunft* mit einem Zitat des afghanischen islamischen Mystikers Rumi beendet. Dieses Zitat lautet: „Draußen hinter den Ideen von rechtem und falschem Tun liegt ein Acker. Wir treffen uns dort. Das ist die ganze Aufgabe. Aber um sie zu erledigen, bedarf es zweier Voraussetzungen. Erstens man muss sich treffen wollen. Und zweitens muss man den Acker tatsächlich bearbeiten.“ Man muss sich treffen. Man muss tatsächlich arbeiten. Und vor allem: Man muss es wollen.

Gekürzte Fassung eines Vortrages auf dem Symposium „Alternativen zum Kampf der Kulturen“ im Frankfurter Römer, gehalten am 2. Oktober 2004 anlässlich der Buchmesse in Frankfurt.

Dynamischer Stoffwechsel

„Gesellschaft ist ein soziales Gebilde, in dem sich Schichten und Gruppen herausbilden, die in einem Wechselverhältnis zueinander stehen, ohne dass damit schon eine innere Kohärenz zwischen den sozialen Gliedern definiert wäre. Diese können nebeneinander herleben, Sub-, Gegen- und Nischenkulturen ausbilden, ohne dass die Gesellschaft daran Anstoß nimmt.“

Von totalitären Systemen einmal abgesehen, die Gesellschaft in der Regel zur ideologisierten Volksgemeinschaft umdeuten, konstituiert sich Gesellschaftskultur nicht aus verordneten Doktrinen, sondern aus dem dynamischen Stoffwechsel zwischen den Kulturen.“

Andreas Öhler am 19. Mai 2005 im *Rheinischen Merkur*.